

**Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen
und Unternehmen des Staatssektors, der Sozial-
versicherungsträger und der Bundesagentur für
Arbeit am 31.12.2019**

Schuldenstatistik

FS

 Ansprechpartner/-in für Rückfragen
(freiwillige Angabe)

Name:

Telefon oder E-Mail:

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit.

 Bitte beachten Sie bei der Beantwortung der Fragen die Erläuterungen zu **1** bis **83** auf den Seiten 1 bis 5 der separaten Unterlage.

Beachten Sie folgende Hinweise:

Erhebungseinheiten

Erhebungseinheiten sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die in öffentlicher oder privater Rechtsform geführt werden, sowie Einheiten, die in öffentlicher Rechtsform geführt werden und rechtlich unselbstständig sind, wenn für sie **Sonderrechnungen** geführt werden. Öffentlich bestimmt sind alle Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die privatrechtlich geführt werden und an den Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeinschaftlicher Zusammenarbeit und die Träger der Sozialversicherung mit mehr als 50 % des Nennkapitals oder Stimmrechts unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind.

Zu den Erhebungseinheiten zählen auch Zweckverbände und andere juristische Personen zwischengemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen.

Die vorgenannten Erhebungseinheiten sind einzubeziehen, soweit sie dem Sektor Staat zugerechnet werden.

Sozialversicherungsträger als Selbstverwaltungskörperschaften des öffentlichen Rechts, Behörden oder Kommunalverbände. Es bestehen folgende Sozialversicherungsträger: In der Krankenversicherung: Krankenkassen (Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, See-Krankenkasse, landwirtschaftliche Krankenkassen, Bundesknappschaft, Ersatzkassen); in der Rentenversicherung: Deutsche Rentenversicherung Bund, Deutsche Rentenversicherung, Knappschaft-Eisenbahn-See, Regionalträger; in der Unfallversicherung: Berufsgenossenschaften, Eisenbahn-Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom, Unfallkassen der Länder, Gemeindeunfallversicherungsverbände und Unfallkassen der Gemeinden, Feuerwehrunfallkassen; in der Pflegeversicherung: Pflegekassen, See-Pflegekasse, Bundesknappschaft. Die **Bundesagentur für Arbeit** als Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die Zuordnung der Kredite sowie der Kassenkredite nach Schuldarten erfolgt nach dem **Gläubigerprinzip**; maßgebend ist der in der Schuldurkunde bezeichnete Gläubiger bzw. bei Abtretungen der neue Gläubiger. Werden die Mittel vollständig aus dem Haushalt der Körperschaften finanziert, aber von Kreditinstituten nur ausgezahlt, sind diese abweichend vom Gläubigerprinzip den öffentlichen Körperschaften zuzuordnen. Bei Unklarheiten bitten wir um Rückfrage beim Mittelgeber (Förderbank). Wird von den öffentlichen Haushalten nur die Zinsdifferenz zum Marktzins

finanziert, erfolgt der Nachweis bei der auszahlenden Stelle. Bei allen Schulden, für die Wertpapiere (Geldmarkt- und Kapitalmarktpapiere) ausgegeben wurden, entfällt die Aufteilung nach Gläubigern.

Erfasst wird der Nennbetrag der Schulden ohne Abzug eines Disagios nach Schuldarten und ihren vertraglich festgelegten Laufzeiten (**Ursprungslaufzeiten**).

Generell gilt das **Bruttoprinzip**: Eine Verrechnung bzw. Saldierung (auch mit dem Finanzvermögen) ist nicht zulässig.

Tilgungsbeträge, die zwar fällig, aber bis zum Stichtag noch nicht zurückgezahlt bzw. einem internen Tilgungsfonds zugeführt wurden, dürfen von den Schuldbeträgen nicht abgesetzt werden. Tilgungsbeträge, die zugunsten der Gläubiger auf ein Sperr- oder Sonderkonto eines Kreditinstituts eingezahlt und damit dem Zugriff des Schuldners entzogen werden, sind dagegen vom Schuldbetrag abzusetzen. Die Verbindlichkeiten in Fremdwährung sind zu dem Kurs in Euro umzurechnen, der für die Rückzahlung vereinbart bzw. der im Rahmen von Kurssicherungsgeschäften abgesichert wurde. Wenn keine Kurssicherungsvereinbarungen getroffen wurden, ist der jeweilige von der Europäischen Zentralbank (EZB) zum 31. Dezember im Börsenblatt (beziehungsweise im Internet unter www.ECB.int) veröffentlichte Referenzkurs maßgeblich.

Nicht als Schulden nachzuweisen sind

- Eigenbestände von Wertpapieren,
- Innere Darlehen (Inanspruchnahme von Mitteln, die für einen anderen Zweck vorgesehen waren),
- Gelder, die von Dritten hinterlegt sind (z. B. Kautionen) und
- von Dritten erhaltene Beträge, für die keine Verpflichtung zur Rückzahlung entstanden ist.

Negative Werte sind nicht zulässig.

Maßgeblich für die Erfassung ist der Zeitpunkt des Mittelzuflusses und nicht die Mittelbereitstellung durch den Kreditmarkt (Vertragsabschluss, Emission).

Schuldenaufnahmen

Die Schuldenaufnahmen und -tilgungen sind brutto zu erfassen, eine Saldierung ist nicht zulässig. Als (Schulden-)Aufnahmen sind alle in der Zeit vom 01.01. bis 31.12. eines Berichtsjahres neu aufgenommenen Darlehen mit dem Nennwert ohne Abzug eines

Disagios einzusetzen. Vertragliche Vereinbarungen über vorzeitige Rückzahlungsmöglichkeiten sind nicht zu berücksichtigen.

Rückzahlungen auf diese Schuldenaufnahmen, die bereits im Berichtszeitraum erfolgten, werden nicht abgesetzt, sondern als Tilgungen nachgewiesen.

Bei Wertpapieremissionen ist der Betrag als (Schulden-)Aufnahme anzugeben, der im Berichtszeitraum auf dem Markt platziert werden konnte (ohne Eigenbestände).

Schuldentilgungen

Tilgungen sind alle in der Zeit vom 01.01. bis 31.12. des Berichtsjahres zurückgezahlten Beträge.

Sonstige Zu- und Abgänge

Hier sind alle Schuldenzugänge und Schuldenabgänge zu erfassen, die weder Haushaltsmittel zugeführt noch entzogen haben. Hierunter fallen z. B. Veränderungen im Schuldenstand durch Eingliederung vorher selbstständiger Sonderrechnungen bzw. Ausgliederung von Sonderrechnungen.

Schuldumwandlungen, Umschuldungen, Ablösungsdarlehen: Bei Schuldumwandlungen bzw. Umschuldungen wird die Ablösung des bisherigen Darlehens als Tilgung und die Aufnahme des Umschuldungs-/Ablösungsdarlehens als Neuaufnahme (einschließlich entsprechender Angaben zu den Laufzeiten) erfasst.

Kassenkredite (ohne Cash-Pooling im öffentlichen Bereich) 1		Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro 17	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro	
Öffentlicher Bereich	beim Bund 2	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	01	P1000		P1009	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	02	P1200		P1209	
		Laufzeit über 5 Jahre	03	P1210		P1219	
	bei Ländern 3	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	04	P1010		P1019	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	05	P1220		P1229	
		Laufzeit über 5 Jahre	06	P1230		P1239	
	bei Gemeinden/ Gemeinde- verbänden 4	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	07	P1020		P1029	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	08	P1240		P1249	
		Laufzeit über 5 Jahre	09	P1250		P1259	
	bei Zweck- verbänden und dergleichen 5	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	10	P1030		P1039	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	11	P1260		P1269	
		Laufzeit über 5 Jahre	12	P1270		P1279	
	bei der gesetzlichen Sozialver- sicherung 6	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	13	P1040		P1049	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	14	P1280		P1289	
		Laufzeit über 5 Jahre	15	P1290		P1299	
	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonder- vermögen 7	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	16	P1050		P1059	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	17	P1300		P1309	
		Laufzeit über 5 Jahre	18	P1310		P1319	
	bei sonstigen öffentlichen Sonder- rechnungen 8	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	19	P1060		P1069	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	20	P1320		P1329	
		Laufzeit über 5 Jahre	21	P1330		P1339	

noch: Kassenkredite (ohne Cash-Pooling im öffentlichen Bereich) 1		Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro 17	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro
---	--	------------	------	---	------	--

Nicht-öffentlicher Bereich	bei Kreditinstituten 9	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	Euro-Währung	22	P1070		P1079	
			Fremdwährung	23	P1080		P1089	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung	24	P1340		P1349	
			Fremdwährung	25	P1350		P1359	
		Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung	26	P1360		P1369	
			Fremdwährung	27	P1370		P1379	
	beim sonstigen inländischen Bereich 10	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		28	P1090		P1099	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre		29	P1380		P1389	
		Laufzeit über 5 Jahre		30	P1390		P1399	
	beim sonstigen ausländischen Bereich 11	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	Euro-Währung	31	P1100		P1109	
			Fremdwährung	32	P1110		P1119	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung	33	P1400		P1409	
			Fremdwährung	34	P1410		P1419	
		Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung	35	P1420		P1429	
			Fremdwährung	36	P1430		P1439	
	darunter:	Cash-Pool-Führer (CF): für Cash-Pool-Einheiten aufgenommene Kassenkredite		12	37	P1600		P1609
Summe			38	P1990		P1999		

Darunter: vom Träger/Eigner aus dem öffentlichen Bereich 13		Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro 17	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro
--	--	------------	------	---	------	--

Kassenkredite		39	P1800		P1809	
---------------------	--	----	-------	--	-------	--

Cash-Pooling/Einheitskasse/Amtskasse im öffentlichen Bereich 14		Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro 17	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro
Öffent- licher Bereich	Cash-Pool-Führer (CF): Verbindlichkeiten gegenüber zuführenden Einheiten 15	40	P1680		P1689	
	beim Bund	41	P1610		P1619	
	bei Ländern	42	P1620		P1629	
	bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	43	P1630		P1639	
	bei Zweckverbänden und dergleichen	44	P1640		P1649	
	bei der gesetzlichen Sozialversicherung	45	P1650		P1659	
	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	46	P1660		P1669	
	bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	47	P1670		P1679	
	Cash-Pool-Einheit (CE): für eigenen Liquiditätsbedarf entnommene Mittel 16	48	P1780		P1789	
	beim Bund	49	P1710		P1719	
	bei Ländern	50	P1720		P1729	
	bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	51	P1730		P1739	
	bei Zweckverbänden und dergleichen	52	P1740		P1749	
	bei der gesetzlichen Sozialversicherung	53	P1750		P1759	
	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	54	P1760		P1769	
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	55	P1770		P1779		
Summe Cash-Pooling/Einheitskasse/Amtskasse	56	P1790		P1799		

Wertpapiersschulden				Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro 17	Code	Aufnahmen vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro
Geldmarkt- papiere 18	Euro-Währung			01	P2020		P2021	
	Fremdwährung			02	P2030		P2031	
Kapitalmarkt- papiere 19	Anleihen 20	Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung	03	P2040		P2041	
			Fremdwährung	04	P2050		P2051	
	Sonstige Kapitalmarkt- papiere 21	Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung	05	P2140		P2141	
			Fremdwährung	06	P2150		P2151	
		Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung	07	P2160		P2161	
			Fremdwährung	08	P2170		P2171	
Summe				09	P2990		P2991	

Kredite (Restschuld nach Ursprungslaufzeiten) 22				Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro 17	Code	Aufnahmen vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro
--	--	--	--	------------	------	--	------	---

Öffentlicher Bereich	beim Bund 2	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	01	P3000		P3001	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	02	P3010		P3011	
		Laufzeit über 5 Jahre	03	P3020		P3021	
	bei Ländern 3	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	04	P3030		P3031	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	05	P3040		P3041	
		Laufzeit über 5 Jahre	06	P3050		P3051	
	bei Gemeinden/ Gemeinde- verbänden 4	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	07	P3060		P3061	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	08	P3070		P3071	
		Laufzeit über 5 Jahre	09	P3080		P3081	
	bei Zweck- verbänden und dergleichen 5	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	10	P3090		P3091	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	11	P3100		P3101	
		Laufzeit über 5 Jahre	12	P3110		P3111	
	bei der gesetzlichen Sozialver- sicherung 6	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	13	P3120		P3121	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	14	P3130		P3131	
		Laufzeit über 5 Jahre	15	P3140		P3141	

Code	Tilgungen vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Sonstige Zugänge vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Sonstige Abgänge vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro	Zeilen-Nr.
P2022		P2023		P2024		P2029		01
P2032		P2033		P2034		P2039		02
P2042		P2043		P2044		P2049		03
P2052		P2053		P2054		P2059		04
P2142		P2143		P2144		P2149		05
P2152		P2153		P2154		P2159		06
P2162		P2163		P2164		P2169		07
P2172		P2173		P2174		P2179		08
P2992		P2993		P2994		P2999		09

Code	Tilgungen vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Sonstige Zugänge vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Sonstige Abgänge vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro	Zeilen-Nr.
P3002		P3003		P3004		P3009		01
P3012		P3013		P3014		P3019		02
P3022		P3023		P3024		P3029		03
P3032		P3033		P3034		P3039		04
P3042		P3043		P3044		P3049		05
P3052		P3053		P3054		P3059		06
P3062		P3063		P3064		P3069		07
P3072		P3073		P3074		P3079		08
P3082		P3083		P3084		P3089		09
P3092		P3093		P3094		P3099		10
P3102		P3103		P3104		P3109		11
P3112		P3113		P3114		P3119		12
P3122		P3123		P3124		P3129		13
P3132		P3133		P3134		P3139		14
P3142		P3143		P3144		P3149		15

noch: Kredite (Restschuld nach Ursprungslaufzeiten) 22		Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro 17	Code	Aufnahmen vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro
--	--	------------	------	---	------	---

noch: Öffentlicher Bereich	bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sonder- vermögen 7	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		16	P3150		P3151	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre		17	P3160		P3161	
		Laufzeit über 5 Jahre		18	P3170		P3171	
	bei sonstigen öffentlichen Sonder- rechnungen 8	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		19	P3180		P3181	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre		20	P3190		P3191	
		Laufzeit über 5 Jahre		21	P3200		P3201	
Nicht- öffentlicher Bereich	bei Kredit- instituten 9	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	Euro-Währung	22	P3210		P3211	
			Fremdwährung	23	P3220		P3221	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung	24	P3230		P3231	
			Fremdwährung	25	P3240		P3241	
		Laufzeit über 5 Jahre	Euro-Währung	26	P3250		P3251	
			Fremdwährung	27	P3260		P3261	
	beim sonstigen inländischen Bereich 10	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr		28	P3270		P3271	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre		29	P3280		P3281	
		Laufzeit über 5 Jahre		30	P3290		P3291	
	beim sonstigen ausländischen Bereich 11	Laufzeit bis einschl. 1 Jahr	Euro-Währung	31	P3300		P3301	
			Fremdwährung	32	P3310		P3311	
		Laufzeit über 1 Jahr bis einschl. 5 Jahre	Euro-Währung	33	P3320		P3321	
Fremdwährung			34	P3330		P3331		
Laufzeit über 5 Jahre		Euro-Währung	35	P3340		P3341		
		Fremdwährung	36	P3350		P3351		
Summe		37	P3990		P3991			

Darunter: vom Träger/Eigner aus dem öffentlichen Bereich 13	Zeilen-Nr.	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro 17	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro
--	------------	------	---	------	--

Kredite	38	P3850		P3859	
---------------	----	-------	--	-------	--

Code	Tilgungen vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Sonstige Zugänge vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Sonstige Abgänge vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro	Zeilen-Nr.
P3152		P3153		P3154		P3159		16
P3162		P3163		P3164		P3169		17
P3172		P3173		P3174		P3179		18
P3182		P3183		P3184		P3189		19
P3192		P3193		P3194		P3199		20
P3202		P3203		P3204		P3209		21
P3212		P3213		P3214		P3219		22
P3222		P3223		P3224		P3229		23
P3232		P3233		P3234		P3239		24
P3242		P3243		P3244		P3249		25
P3252		P3253		P3254		P3259		26
P3262		P3263		P3264		P3269		27
P3272		P3273		P3274		P3279		28
P3282		P3283		P3284		P3289		29
P3292		P3293		P3294		P3299		30
P3302		P3303		P3304		P3309		31
P3312		P3313		P3314		P3319		32
P3322		P3323		P3324		P3329		33
P3332		P3333		P3334		P3339		34
P3342		P3343		P3344		P3349		35
P3352		P3353		P3354		P3359		36
P3992		P3993		P3994		P3999		37

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltene Anzahlungen ²³		Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro ¹⁷	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)
Insgesamt		P5000		P5009	
darunter:	mit nachverhandelten Vertragsbedingungen ²⁴	P5100		P5109	
	von Factoring-Kapitalgesellschaften übernommen ²⁵	P5200		P5209	

Kreditähnliche Rechtsgeschäfte		Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro ¹⁷	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)
Hypothekenschulden		P6000		P6009	
Grundschulden		P6010		P6019	
Rentenschulden		P6020		P6029	
Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften sowie Forfaitierung mit Einredeverzicht ²⁷		P6030		P6039	
Finanzierungsleasing		P6040		P6049	
Summe		P6990		P6999	
Insgesamt = Summe P1999, P2999, P3999, P5009, P6999				P9999	

ÖPP-Projekte ²⁹		Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro ¹⁷	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)
Projektsummen insgesamt		P6060		P6069	
Bisher geleistete Zahlungen aller laufenden ÖPP-Projekte insgesamt		P6070		P6079	

Energie-Einspar-Contracting (Finanzierung durch Contractinggeber) ³²	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro ¹⁷	Code	Zugänge vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)
Investitionssummen insgesamt	P6080		P6081		P6089	
darunter: Geleistete Baukostenzuschüsse	P6090		P6091		P6099	

Bürgschaften 35	Code	Stand am 31.12.2018 in vollen Euro 17	Code	Stand am 31.12.2019 in vollen Euro (gegebenenfalls vorläufiges Ergebnis)
gegenüber dem öffentlichen Bereich	P7910		P7919	
darunter: gegenüber sonstigen öffentlichen Fonds, Ein- richtungen und Unternehmen (ohne Kreditinstitute)	P7950		P7959	
gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich	P7930		P7939	
darunter: gegenüber öffentlich bestimmten Kreditinstituten 36	P7940		P7949	
Summe	P7990		P7999	

Schuldenübernahme 37		Code	Kassenkredite vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro
Öffent- licher Bereich	vom Bund	2 P4109	
	von Ländern	3 P4119	
	von Gemeinden/Gemeindeverbänden	4 P4129	
	von Zweckverbänden und dergleichen	5 P4139	
	von der gesetzlichen Sozialversicherung	6 P4149	
	von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	7 P4159	
	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	8 P4169	
	Nicht- öffent- licher Bereich	von Kreditinstituten	9 P4179
vom sonstigen inländischen Bereich		10 P4189	
vom sonstigen ausländischen Bereich		11 P4199	
Summe	P4499		

noch: Schuldenübernahme 37		Code	Kredite vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Wertpapierschulden vom 01.01. bis 31.12.2019 in vollen Euro
noch: Öffent- licher Bereich	vom Bund 2	P4209		P4309	
	von Ländern 3	P4219		P4319	
	von Gemeinden/Gemeindeverbänden 4	P4229		P4329	
	von Zweckverbänden und dergleichen 5	P4239		P4339	
	von der gesetzlichen Sozialversicherung 6	P4249		P4349	
	von verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen 7	P4259		P4359	
	von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen 8	P4269		P4369	
noch: Nicht- öffent- licher Bereich	von Kreditinstituten 9	P4279		P4379	
	vom sonstigen inländischen Bereich 10	P4289		P4389	
	vom sonstigen ausländischen Bereich 11	P4299		P4399	
Summe	P4599		P4699		

Fälligkeiten der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich 38		Code	Kassenkredite Stand am 31.12.2019 in vollen Euro
in 2020	insgesamt	P8209	
	darunter: variabel verzinst	P8219	
in 2021	insgesamt	P8229	
	darunter: variabel verzinst	P8239	
in 2022	insgesamt	P8249	
	darunter: variabel verzinst	P8259	
in 2023	insgesamt	P8269	
	darunter: variabel verzinst	P8279	
in 2024	insgesamt	P8289	
	darunter: variabel verzinst	P8299	
nach 2024	insgesamt	P8309	
	darunter: variabel verzinst	P8319	
Summe	P8399		

noch: Fälligkeiten der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich 38		Code	Wertpapiersschulden Stand am 31.12.2019 in vollen Euro	Code	Kredite Stand am 31.12.2019 in vollen Euro
in 2020	insgesamt	P8409	_____	P8609	_____
	darunter: variabel verzinst	P8419	_____	P8619	_____
in 2021	insgesamt	P8429	_____	P8629	_____
	darunter: variabel verzinst	P8439	_____	P8639	_____
in 2022	insgesamt	P8449	_____	P8649	_____
	darunter: variabel verzinst	P8459	_____	P8659	_____
in 2023	insgesamt	P8469	_____	P8669	_____
	darunter: variabel verzinst	P8479	_____	P8679	_____
in 2024	insgesamt	P8489	_____	P8689	_____
	darunter: variabel verzinst	P8499	_____	P8699	_____
nach 2024	insgesamt	P8509	_____	P8709	_____
	darunter: variabel verzinst	P8519	_____	P8719	_____
Summe		P8599	_____	P8799	_____

Bemerkungen

Zur Vermeidung von Rückfragen bitten wir Sie, hier auf besondere Ereignisse und Umstände hinzuweisen, aus denen auffällige Veränderungen gegenüber dem Vorjahr oder außergewöhnliche Verhältnisse erklärt werden können, insbesondere im Fall von Ein- bzw. Ausgliederungen.

Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors, der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit am 31.12.2019

Schuldenstatistik

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹ und nach der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679 (DS-GVO)²
(für staatliche und kommunale Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in privater Rechtsform)

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Statistik über die Schulden der öffentlichen Haushalte wird jährlich zum Stichtag 31. Dezember als Totalerhebung durchgeführt. Ihre Ergebnisse liefern zusammen mit der Finanzvermögenstatistik wichtige Informationen über die Finanzen der öffentlichen Haushalte. Damit erfüllen sie den Datenbedarf wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsträger im nationalen Rahmen und auch auf Ebene der Europäischen Union.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 5 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a bis g FPStatG.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 11 Absatz 1 FPStatG in Verbindung mit § 15 BStatG.

Nach § 11 Absatz 2 Nummer 1 FPStatG sind die Leitungen der staatlichen und kommunalen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in privater Rechtsform oder die für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zuständigen Stellen oder soweit die Angaben hier nicht erlangt werden können, die Träger dieser Erhebungseinheiten auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 2 BStatG sind alle Unternehmen und Betriebe verpflichtet, ihre Meldungen auf elektronischem Weg an die statistischen Ämter zu übermitteln. Hierzu sind die von den statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Online-Verfahren zu nutzen. Im begründeten Einzelfall kann eine zeitlich befristete Ausnahme von der Online-Meldung vereinbart werden. Dies ist auf formlosen Antrag möglich. Die Pflicht, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Erteilen Auskunftspflichtige keine, keine vollständige, keine richtige oder nicht rechtzeitig Auskunft, können sie zur Erteilung der Auskunft mit einem Zwangsgeld nach den Verwaltungsvollstreckungsgesetzen des Bundes und der Länder angehalten werden.

Nach § 23 BStatG handelt darüber hinaus ordnungswidrig, wer

- vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 15 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 und 5 Satz 1 BStatG eine Auskunft nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht wahrheitsgemäß erteilt,
- entgegen § 15 Absatz 3 BStatG eine Antwort nicht in der vorgeschriebenen Form erteilt oder
- entgegen § 11a Absatz 2 Satz 1 BStatG ein dort genanntes Verfahren nicht nutzt.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Soweit die Erteilung der Auskunft zur Erhebung freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereitgestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

² Die Rechtsakte der EU in der jeweils geltenden Fassung und in deutscher Sprache finden Sie auf der Internetseite des Amtes für Veröffentlichungen der Europäischen Union unter <https://eur-lex.europa.eu/>.

Geheimhaltung

Nach § 16 BStatG werden die erhobenen Einzelangaben grundsätzlich geheim gehalten. Nur in ausdrücklich gesetzlich geregelten Ausnahmefällen oder wenn die Auskunftgebenden eingewilligt haben, dürfen Einzelangaben übermittelt werden.

Eine Übermittlung von Einzelangaben ist grundsätzlich zulässig an:

- öffentliche Stellen und Institutionen innerhalb des statistischen Verbunds, die mit der Durchführung einer Bundes- oder europäischen Statistik betraut sind (z.B. die Statistischen Ämter der Länder, die Deutsche Bundesbank, das Statistische Amt der Europäischen Union [Eurostat]),
- Dienstleister, zu denen ein Auftragsverhältnis besteht (z.B. ITZBund, Rechenzentren der Länder).

Nach § 15 FPStatG dürfen die statistischen Ergebnisse auch soweit sie auf Zusammenführungen von Angaben nach § 13 Absatz 2 beruhen, sowie Angaben nach § 9a Absatz 3 Nummer 1, auf Ebene der Erhebungseinheit veröffentlicht werden, soweit nicht Erhebungseinheiten nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 FPStatG, die nicht dem Sektor Staat zuzurechnen sind, betroffen sind.

Nach § 14 Absatz 1 FPStatG dürfen an die obersten Bundes- und Landesbehörden für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Tabellen mit statistischen Ergebnissen übermittelt werden, auch soweit Tabellenfelder nur einen einzigen Fall ausweisen und – soweit Erhebungseinheiten nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 betroffen sind – nur dann, wenn sie nicht in tieferer regionaler Gliederung als auf Regierungsbezirksebene, im Fall der Stadtstaaten auf Bezirksebene, aufbereitet sind.

Nach § 14 Absatz 3 FPStatG dürfen für ausschließlich kommunalstatistische Zwecke den für statistische Aufgaben zuständigen Stellen der Gemeinden oder Gemeindeverbänden (Statistikstellen) auf Ersuchen für deren Zuständigkeitsbereich vom Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben zu den Erhebungsmerkmalen übermittelt werden.

Nach § 16 Absatz 6 BStatG ist es zulässig, den Hochschulen oder sonstigen Einrichtungen mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben

1. Einzelangaben zu übermitteln, wenn die Einzelangaben so anonymisiert sind, dass sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft den Befragten oder Betroffenen zugeordnet werden können (faktisch anonymisierte Einzelangaben),
2. innerhalb speziell abgesicherter Bereiche des Statistischen Bundesamtes und der statistischen Ämter der Länder Zugang zu Einzelangaben ohne Name und Anschrift (formal anonymisierte Einzelangaben) zu gewähren, wenn wirksame Vorkehrungen zur Wahrung der Geheimhaltung getroffen werden.

Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch für Personen, die Einzelangaben erhalten.

Hilfsmerkmale, laufende Nummern, Löschung

Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen, bzw. des Unternehmens/der Einrichtung, Name und Rufnummern oder Adressen für elektronische Post der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. Sie werden nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Angaben zu den Erhebungsmerkmalen werden solange verarbeitet und gespeichert, wie dies für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen erforderlich ist.

Die verwendete Berichtsstellenummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Erhebungseinheiten sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer. Die Berichtsstellenummer darf in den Datensätzen mit den Angaben zu den Erhebungsmerkmalen bis zu 30 Jahre aufbewahrt werden. Danach wird sie gelöscht.

Rechte der Betroffenen, Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten, Recht auf Beschwerde

Die Auskunftgebenden, deren personenbezogene Angaben verarbeitet werden, können

- eine Auskunft nach Artikel 15 DS-GVO,
- die Berichtigung nach Artikel 16 DS-GVO,
- die Löschung nach Artikel 17 DS-GVO sowie
- die Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DS-GVO

der jeweils sie betreffenden personenbezogenen Angaben beantragen oder der Verarbeitung ihrer personenbezogenen Angaben nach Artikel 21 DS-GVO widersprechen.

Sollte von den oben genannten Rechten Gebrauch gemacht werden, prüft die zuständige öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Die antragstellende Person wird gegebenenfalls aufgefordert, ihre Identität nachzuweisen, bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Fragen und Beschwerden über die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen können jederzeit an die behördlichen Datenschutzbeauftragten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder oder an die jeweils zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörden gerichtet werden. Deren Kontaktdaten finden Sie unter

<https://www.statistikportal.de/de/datenschutz>.

Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors, der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit am 31.12.2019

Schuldenstatistik

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹

(für staatliche und kommunale Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in öffentlicher Rechtsform)

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Statistik über die Schulden der öffentlichen Haushalte wird jährlich zum Stichtag 31. Dezember als Totalerhebung durchgeführt. Ihre Ergebnisse liefern zusammen mit der Finanzvermögenstatistik wichtige Informationen über die Finanzen der öffentlichen Haushalte. Damit erfüllen sie den Datenbedarf wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsträger im nationalen Rahmen und auch auf Ebene der Europäischen Union.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 5 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a bis g FPStatG.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 11 Absatz 1 FPStatG in Verbindung mit § 15 BStatG.

Nach § 11 Absatz 2 Nummer 1 FPStatG sind die Leitungen der staatlichen und kommunalen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen in öffentlicher Rechtsform oder die für das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen zuständigen Stellen oder soweit die Angaben hier nicht erlangt werden können, die Träger dieser Erhebungseinheiten auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 1 BStatG sind Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen und bereits standardisierte und elektronische Verfahren nutzen, verpflichtet, diese auch für die Übermittlung von Daten an die statistischen Ämter zu verwenden. Soweit diese Stellen keine standardisierten Verfahren für den Datenaustausch einsetzen, sind elektronische Verfahren nach Absprache mit den statistischen Ämtern zu verwenden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Soweit die Erteilung der Auskunft zur Erhebung freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereitgestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Geheimhaltung

Die Geheimhaltung der erhobenen Einzelangaben richtet sich nach § 16 BStatG.

Hilfsmerkmale, laufende Nummern, Löschung

Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen bzw. des Unternehmens/der Einrichtung, Name und Rufnummern oder Adressen für elektronische Post der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. Sie werden nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Die Berichtsstellenummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Erhebungseinheiten sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors, der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit am 31.12.2019

Schuldenstatistik

Unterrichtung nach § 17 Bundesstatistikgesetz (BStatG)¹

(für Sozialversicherungsträger und die Bundesagentur für Arbeit)

Zweck, Art und Umfang der Erhebung

Die Statistik über die Schulden der öffentlichen Haushalte wird jährlich zum Stichtag 31. Dezember als Totalerhebung durchgeführt. Ihre Ergebnisse liefern zusammen mit der Finanzvermögenstatistik wichtige Informationen über die Finanzen der öffentlichen Haushalte. Damit erfüllen sie den Datenbedarf wirtschaftlicher und politischer Entscheidungsträger im nationalen Rahmen und auch auf Ebene der Europäischen Union.

Rechtsgrundlagen, Auskunftspflicht

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem BStatG. Erhoben werden die Angaben zu § 5 Satz 1 Nummer 1 Buchstabe a bis g FPStatG.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 11 Absatz 1 FPStatG in Verbindung mit § 15 BStatG.

Nach § 11 Absatz 2 Nummer 1 FPStatG sind die Leitungen der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit auskunftspflichtig.

Nach § 11a Absatz 1 BStatG sind Stellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen und bereits standardisierte und elektronische Verfahren nutzen, verpflichtet, diese auch für die Übermittlung von Daten an die statistischen Ämter zu verwenden. Soweit diese Stellen keine standardisierten Verfahren für den Datenaustausch einsetzen, sind elektronische Verfahren nach Absprache mit den statistischen Ämtern zu verwenden.

Nach § 15 Absatz 7 BStatG haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung keine aufschiebende Wirkung.

Soweit die Erteilung der Auskunft zur Erhebung freiwillig ist, kann die Einwilligung in die Verarbeitung der freiwillig bereitgestellten Angaben jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

Geheimhaltung

Die Geheimhaltung der erhobenen Einzelangaben richtet sich nach § 16 BStatG.

Hilfsmerkmale, laufende Nummern, Löschung

Name und Anschrift des Auskunftspflichtigen, Name und Rufnummern oder Adressen für elektronische Post der für Rückfragen zur Verfügung stehenden Person sind Hilfsmerkmale, die lediglich der technischen Durchführung der Erhebung dienen. Sie werden nach Abschluss der Überprüfung der Erhebungs- und Hilfsmerkmale auf ihre Schlüssigkeit und Vollständigkeit gelöscht. Die Berichtsstellenummer dient der Unterscheidung der in die Erhebung einbezogenen Erhebungseinheiten sowie der rationellen Aufbereitung und besteht aus einer frei vergebenen laufenden Nummer.

¹ Den Wortlaut der nationalen Rechtsvorschriften in der jeweils geltenden Fassung finden Sie unter <https://www.gesetze-im-internet.de/>.

Schulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors, der Sozialversicherungsträger und der Bundesagentur für Arbeit am 31.12.2019

Schuldenstatistik

Erläuterungen zum Fragebogen

1 Kassenkredite (ohne Cash-Pooling im öffentlichen Bereich)

Unter Kassenkredite/Kassenverstärkungskredite werden die in der Regel kurzfristigen Verbindlichkeiten erfasst, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen verwendet werden. Sie dienen nicht der Ausgabendeckung (keine investiven Zwecke), sondern der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft beziehungsweise der Liquiditätssicherung. Zur Vorfinanzierung von Vorhaben auf spätere langfristige Darlehen aufgenommene Zwischenkredite sind als Schulden bei den jeweiligen Kreditarten auszuweisen. Kontokorrentkredite sowie empfangene Barsicherheiten aus Derivatgeschäften (Cash Collaterals) sind hier einzubeziehen.

Schuldscheindarlehen für Liquiditätszwecke sind hier einzutragen, dagegen **Schuldscheindarlehen für Investitionszwecke** unter den Krediten (siehe 22).

Eine Saldierung mit positiven Kontoständen (Guthaben) ist nicht zulässig.

2 Bund

Kernhaushalt des Bundes. Sondervermögen des Bundes sind unter „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (siehe 8) einzuordnen.

3 Länder

Kernhaushalte der Länder einschließlich der Stadtstaaten. Sondervermögen der Länder sind unter „Sonstige öffentliche Sonderrechnungen“ (siehe 8) einzuordnen.

4 Gemeinden/Gemeindeverbände

Gemeinden (kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden), Gemeindeverbände (Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise), Bezirksverbände (Bezirke, Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände)

5 Zweckverbände und dergleichen

Verbände und sonstige Organisationen in öffentlich-rechtlicher Form, die kommunale Aufgaben erfüllen und mindestens eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband zum Mitglied haben.

Hierzu gehören

- Zweckverbände nach den Zweckverbandsgesetzen, ausgenommen Sparkassenverbände,
- sondergesetzliche Verbände, z. B. Schulverbände gemäß den Schulgesetzen der Länder,
- Nachbarschaftsverbände,
- wasserwirtschaftliche Verbände, Bodenverbände,
- Regionalverbände,
- regionale Planungsverbände,
- Planungsverbände nach dem Bundesbaugesetz, – Gemeindeverwaltungsverbände,
- Wasserversorgungsverbände,

- Abwasserbeseitigungsverbände,
- Verwaltungsgemeinschaften in Bayern,
- grenzüberschreitende Zweckverbände mit Sitz in Deutschland und
- sonstige Verbände und Organisationen mit kommunaler Aufgabenerfüllung.

6 Gesetzliche Sozialversicherung

Träger der gesetzlichen:

- Krankenversicherung
- Pflegeversicherung
- Unfallversicherung
- Rentenversicherung
- Arbeitslosenversicherung (Bundesagentur für Arbeit) sowie die landwirtschaftliche Krankenkasse

Kommunale Versorgungskassen und -verbände sowie Träger der öffentlichen Zusatzversorgung sind unter den „Sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen“ (siehe 8) einzuordnen.

7 Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Zahlungsbeziehungen mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sonderrechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen die **eigene** Berichtseinheit Mitglied, Träger oder unmittelbarer bzw. mittelbarer Anteilseigner ist und insgesamt mehr als 50 % der Anteile bzw. der Stimmrechte besitzt.

Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung sind

- eigene Betriebe.
- Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung.
- Unternehmen in der Rechtsform des öffentlichen Rechts.
- Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt ist.

Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung sind

- juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind.
- juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn sie öffentlich bestimmt sind, d. h. wenn die eigene Körperschaft überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt ist.
- juristische Personen des privaten Rechts in den Formen von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten

Rechts, bei denen die eigene Körperschaft auf Grund der Satzung o. Ä. beherrschenden Einfluss ausübt.

Dazu zählen auch Versorgungsfonds/Versorgungsrücklagen. Nicht dazu zählen Sparkassen und Landesbanken, Einheiten, bei denen die Kommune 50 % oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzt sowie Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften).

8 Sonstige öffentliche Sonderrechnungen

Zahlungsbeziehungen mit Sondervermögen des Bundes und der Länder, mit öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Sondervermögen/-rechnung oder in rechtlich selbstständiger Form, bei denen **andere** öffentliche Körperschaften (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände) oder die Sozialversicherung Mitglied, Träger oder unmittelbare bzw. mittelbare Anteilseigner sind und diese insgesamt mehr als 50 % der Anteile bzw. der Stimmrechte besitzen.

Öffentliche Unternehmen im Sinne dieser Abgrenzung sind

- Betriebe des Bundes und der Länder im Sinne des § 26 BHO/LHO.
- Sondervermögen mit unternehmerischer Aufgabenstellung und eigener Wirtschafts- und Rechnungsführung.
- Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts.
- Unternehmen des privaten Rechts (z. B. AG, GmbH), wenn Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- oder Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt sind.

Öffentliche Einrichtungen im Sinne dieser Abgrenzung sind

- juristische Personen des öffentlichen Rechts, die keine Unternehmen sind.
- juristische Personen des privaten Rechts ohne unternehmerische Aufgabenstellung, wenn Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Sozialversicherung überwiegend, d. h. mit mehr als 50 v. H. am Nennkapital (Grund- und Stammkapital) unmittelbar oder mittelbar (z. B. über eine Holding), beteiligt sind.
- juristische Personen des privaten Rechts in der Form von Stiftungen und Vereinen sowie Gesellschaften des privaten Rechts, bei denen die öffentliche Hand auf Grund der Satzung o. Ä. beherrschenden Einfluss ausübt.

Dazu zählen auch kommunale Versorgungskassen und -verbände. Nicht dazu zählen Einheiten, bei denen öffentliche Körperschaften oder die Sozialversicherung 50 % oder weniger an Anteilen bzw. Stimmrechten besitzen sowie Sparkassen, Landesbanken, Wirtschafts- und Berufsvertretungen und Kirchen.

9 Kreditinstitute

Kreditinstitute sind alle Institutionen im In- und Ausland, die finanzielle Mitteltätigkeiten ausüben und deren Geschäftstätigkeit darin besteht, Einlagen u. Ä. von juristischen und natürlichen Personen aufzunehmen, Kredite zu gewähren oder in Wertpapiere zu investieren.

Zu den Kreditinstituten zählen insbesondere:

- Sparkassen, Landesbanken
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Banken mit Sonderaufgaben (z. B. LfA Förderbank Bayern, NRW.BANK, Investitionsbank Schleswig-Holstein, Sächsische Aufbaubank – Förderbank –)
- Geschäftsbanken, Universalbanken

- Genossenschaftsbanken, Kreditgenossenschaften
- Spezialbanken (z. B. Merchant Banks, Emissionshäuser, Privatbanken)

– Bausparkassen

Nicht zu den Kreditinstituten zählen etwa Börsen, sowie sonstige Finanzintermediäre.

Eine Liste aller Kreditinstitute finden Sie auf der Internetseite der Europäischen Zentralbank unter https://www.ecb.europa.eu/stats/money/mfi/general/html/daily_list-MID.en.html.

10 Sonstiger inländischer Bereich

Alle inländischen Unternehmen, die nicht öffentliche Unternehmen oder Kreditinstitute sind.

Dazu zählen auch:

- Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften
- rechtsfähige Vereine, Stiftungen
- nichtrechtsfähige Vereine, sonstige nichtrechtsfähige Personengemeinschaften

Eigene Beteiligungen, Beteiligungen anderer Gebietskörperschaften und/oder Beteiligungen der Sozialversicherung, deren Anteile bzw. Stimmrechte insgesamt 50 % oder weniger betragen, sind hier auch einzubeziehen.

Natürliche und juristische Personen, die den bisher benannten Bereichen nicht zugeordnet wurden, insbesondere Organisationen ohne Erwerbscharakter (einschließlich deren Anstalten und Einrichtungen) in öffentlich-rechtlicher (Körperschaften, Anstalten, Stiftungen des öffentlichen Rechts) oder privatrechtlicher (eingetragene Vereine, privatrechtliche Stiftungen, BGB-Gesellschaften) Rechtsform, soweit diese nicht als Unternehmen oder Teil eines Unternehmens zu betrachten sind.

Hierzu gehören

- Kirchen, Orden, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen,
- Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege,
- Organisationen in den Bereichen Erziehung, Wissenschaft und Kultur, Sport- und Jugendpflege,
- Arbeitgeberverbände, Berufsorganisationen,
- Wirtschaftsverbände und öffentlich-rechtliche Wirtschafts- und Berufsvertretungen,
- Gewerkschaften und
- politische Parteien.

11 Sonstiger ausländischer Bereich

Natürliche und juristische Personen des Auslandes, soweit sie nicht zu den Kreditinstituten zählen, sind unter anderem auch:

- europäische Gemeinden
- Internationale Organisationen, Einrichtungen der Europäischen Union
- Unternehmensbestandteile mit Sitz im Ausland (ausländische Tochtergesellschaften)

12 Cash-Pool-Führer (CF): für Cash-Pool-Einheiten aufgenommene Kassenkredite

Es sind vom Cash-Pool-Führer (CF) Eintragungen vorzunehmen, wenn von diesem bei negativem Zahlungsmittelbestand des Cash-Pools/der Einheitskasse/der Amtskasse Gelder beim nicht-öffentlichen Bereich aufgenommen werden (müssen).

Weitere Informationen sind dem beigefügten **Merkblatt** zu „Cash-Pooling“ zu entnehmen.

13 Träger/Eigner

Öffentliche Körperschaft, Einrichtung bzw. öffentliche Unternehmen, die als Träger/Eigner ihrer Einheit fungieren. Hierzu zählen z. B. „Muttersgesellschaften“.

14 Cash-Pooling/Einheitskasse/Amtskasse im öffentlichen Bereich

Cash-Pooling (auch Liquiditätsverbund genannt) bezeichnet eine Konstellation, in der Einheiten im Rahmen eines gemeinsamen Finanzmanagements einander liquide Mittel zur Verfügung stellen oder auf diese zurückgreifen können. Dies geschieht insbesondere für folgende Zwecke:

- Vermeidung von notwendigen Kreditaufnahmen
- Erzielung besserer Konditionen bei Geldanlagen
- Zahlungsabwicklung.

Einheitskassen (z. B. Landeshauptkassen)/Amtskassen o. Ä. stellen auch eine Form des Cash-Pooling dar, indem die Cash-Pool-Einheit (z. B. amtsangehörige Gemeinde) dem Cash-Pool-Führer (z. B. Amt) Gelder zuführt beziehungsweise der Cash-Pool-Führer Gelder für die Cash-Pool-Einheit direkt vereinnahmt/verausgibt (Letzteres ist der Fall, wenn die Cash-Pool-Einheit nicht oder nicht ausschließlich über eine eigene Kasse verfügt).

Im Rahmen von Gewinnabführungsverträgen zu leistende Zahlungen an die Muttersgesellschaft u. Ä. sind als „Sonstige Verbindlichkeiten“ zu behandeln und daher nicht in der Schuldenstatistik auszuweisen.

Ausleihungen im Rahmen von Cash-Pooling/Einheitskasse/Amtskasse sind entsprechend in der Finanzvermögenstatistik auszuweisen.

15 Cash-Pool-Führer (CF): Verbindlichkeiten gegenüber zu-führenden Einheiten

Es sind vom Cash-Pool-Führer (CF) als Kassenkredit diejenigen Gelder zu melden, die er von den Teilnehmern im Rahmen des Cash-Poolings/der Einheitskasse/der Amtskasse als liquide Mittel erhält.

Weitere Informationen sind dem beigefügten **Merkbblatt** zu „Cash-Pooling“ zu entnehmen.

16 Cash-Pool-Einheit (CE): für eigenen Liquiditätsbedarf ent-nommene Mittel

Die Cash-Pool-Einheiten (CE) weisen als Kassenkredit diejenigen Gelder aus, die diese für den eigenen Liquiditätsbedarf aus dem Cash-Pooling/der Einheitskasse/der Amtskasse ent-nommen haben. Nimmt der Cash-Pool-Führer (CF) Mittel da-raus in Anspruch, ist er für diesen Sachverhalt ebenfalls eine Cash-Pool-Einheit (CE) und hat die entnommenen Mittel hier auszuweisen.

Weitere Informationen sind dem beigefügten **Merkbblatt** zu „Cash-Pooling“ zu entnehmen.

17 Endbestand des Vorjahres, gegebenenfalls durch die Berichtsstelle berichtet.

18 Geldmarktpapiere

Kurzfristige Wertpapiere, deren ursprüngliche Laufzeit in der Regel bis zu einem Jahr beträgt, z. B.:

- unverzinsliche Schatzanweisungen
- Finanzierungsschätze

19 Kapitalmarktpapiere

Langfristige Wertpapiere, deren ursprüngliche Laufzeit in der Regel mehr als ein Jahr beträgt.

Hierzu zählen z. B.:

- Inhaberschuldverschreibungen
- Anleihen (einschließlich Nullkuponanleihen)
- Obligationen
- durch die Umwandlung von Krediten entstandene Wertpapiere
- Verbindlichkeiten, die im Rahmen der Verbriefung von Krediten, Hypotheken, Kreditkartenverbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und von sonstigen Verbindlichkeiten begeben werden

20 Anleihen

Anleihen mit einer Ursprungslaufzeit bis einschließlich fünf Jahre sind unter „Sonstige Kapitalmarktpapiere“ (siehe 21) zu melden.

21 Sonstige Kapitalmarktpapiere

Einschließlich Anleihen mit einer Ursprungslaufzeit bis einschließlich fünf Jahre.

22 Kredite (Restschuld nach Ursprungslaufzeiten)

Kredite entstehen, wenn Gläubiger Mittel an Schuldner entweder direkt oder unter Zwischenschaltung eines Ver-mittlers gewähren und diese Mittel entweder in einem nicht begebaren (übertragbaren) Titel oder gar nicht verbrieft sind. Kredite weisen im Allgemeinen folgende Merkmale auf:

- Die Bedingungen eines Kredits werden zwischen dem Kreditnehmer und dem Kreditgeber direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers ausgehandelt.
- Ein Kredit ist eine unbedingte Verbindlichkeit gegenüber dem Gläubiger, die bei Fälligkeit zurückgezahlt werden muss.

Zu den Krediten zählen auch **Schuldscheindarlehen für Investitionszwecke**.

Die Kredite (ohne Kassenkredite) sind in der Höhe der Rest-schuld anzugeben. Auch unverzinsliche Kredite sind hier zu erfassen.

23 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltene Anzahlungen

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltene Anzahlungen entstehen durch einen zeitlichen Abstand zwischen einer Warenlieferung beziehungsweise einer Dienstleistungserbringung und der hierfür erforderlichen Zahlung.

Hier sind alle Lieferungen und Leistungen zu erfassen, die bis zum Erhebungsstichtag in Anspruch genommen (Leistungs-erbringung), aber noch nicht bezahlt wurden sowie erhaltene Anzahlungen für angefangene oder geplante Arbeiten beziehungsweise für künftige Waren- und Dienstleistungs-lieferungen.

Zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und erhaltenen Anzahlungen gehören insbesondere

- Verbindlichkeiten aus Zahlungsrückständen der Berichtseinheit für von Dritten gelieferte Waren oder erbrachte Dienstleistungen (sofern ihnen kein Kreditvertrag zugrunde liegt); dies schließt insbesondere „Zahlung auf Ziel“ mit ein. Hierunter fallen z. B. auch Entgelte an die Gemeinde für die Abwasserbeseitigung, die Kosten für die Durchführung der Buchhaltung durch die eigene Gemeinde oder die noch nicht gezahlte Abwasserabgabe.
- Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen von Dritten für noch nicht (gänzlich) ausgelieferte Waren oder erbrachte

Dienstleistungen der Berichtseinheit (sofern ihnen kein Kreditvertrag zugrunde liegt).

- aufgelaufene Gebäudemieten.
- von Factoring-Gesellschaften übernommene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sofern sie nicht den Krediten zuzurechnen sind.

Nicht dazu zählen Löhne und Gehälter, Sonstige Verbindlichkeiten, Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing, ÖPP-Projekte sowie Verbindlichkeiten aus einem Ergebnisabführungsvertrag (EAV).

Eine Orientierung gibt die folgende Zuordnungshilfe mit den Gruppierungs-Nummern (keine abschließende Aufzählung): Bund/Länder – 511, 514, 517, 518, 519, 521, 523, 525, 526, 527, 547, 55, 7, 811, 812, 821.

Kommunen – 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 638, 639, 65, 932, 935, 94.

24 Mit nachverhandelten Vertragsbedingungen

Wenn es zwischen Berichtsstelle und Lieferant zu einer einvernehmlich ausgehandelten Änderung der Vertragsbedingungen kommt, die Anpassungen hinsichtlich einer Verzinsung beinhaltet und daher über eine bloße Laufzeitverlängerung hinausgeht.

25 Von Factoring-Kapitalgesellschaften übernommen

Hier sind alle Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zu erfassen, die durch ein „echtes Factoringverfahren“ veräußert wurden. Hierbei erlischt die Zahlungsverpflichtung der Berichtsstelle gegenüber dem Lieferanten.

26 Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden

Hier werden nur die Verbindlichkeiten aufgeführt, die beim Erwerb bereits belasteter Grundstücke übernommen wurden. Darlehensaufnahmen gegen hypothekarische Sicherung und nicht gesicherte Schuldenaufnahmen sind nur bei der entsprechenden Schuldart (z. B. Schulden bei Kreditinstituten) zu erfassen.

27 Restkaufgelder im Zusammenhang mit Grundstücksgeschäften sowie Forfaitierung mit Einredeverzicht

Als Restkaufgeld ist der noch nicht gezahlte (Teil-)Betrag einer Kaufsumme zu verstehen; dieser kann auch hypothekarisch durch Eintragung ins Grundbuch gesichert werden (Restkaufgeldhypothek). Restkaufgelder mit oder ohne hypothekarische Sicherung sind ohne Rücksicht auf den Gläubiger auszuweisen und nicht in eine andere Schuldart mit einzubeziehen.

Hierzu zählen auch Verpflichtungen aus Forfaitierungsverträgen, wenn ein Einredeverzicht bei der Bank geleistet wurde, also kein Recht auf Kürzung bei Minderleistung besteht. Verpflichtungen aus Forfaitierungsverträgen **ohne** Einredeverzicht sind **nicht** zu erfassen.

28 Finanzierungsleasing

Ein Finanzierungsleasingvertrag ist dann anzunehmen, wenn der Vertrag über einen bestimmten Zeitraum verbindlich abgeschlossen wird. Während der sogenannten Grundmietzeit kann der Vertrag nicht gekündigt werden. Maßnahmen zur Werterhaltung (Wartung und Versicherung) trägt der Leasingnehmer. Die Vertragslaufzeit erstreckt sich i. d. R. auf die überwiegende Nutzungsdauer. Hier ist die insgesamt eingegangene Verpflichtung (= Leistungssumme) aus Leasingverträgen abzüglich der bis zum Ende des Berichtszeitraumes geleisteten Tilgungen und Zinsen nachzuweisen.

29 ÖPP-Projekte

Bei Projekten aus öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP-Projekte) handelt es sich um langfristige Verträge zwischen

einem staatlichen und einem privaten Partner über die Bereitstellung von Dienstleistungen durch die Nutzung eines bestimmten Vermögensgutes. Kriterien für die Klassifikation eines Vertrags als ÖPP sind das Vorliegen einer erheblichen Anfangsinvestition, die Festlegung einer durch den privaten Partner bereitzustellenden Dienstleistung unter Nutzung des Vermögensgutes und die Zahlung regelmäßiger Raten vom staatlichen Partner an den privaten Partner.

30 Projektsummen insgesamt

Hier sind die vertraglich vereinbarten Projektsummen aller laufenden ÖPP-Projekte auszuweisen. Bisher geleistete Zahlungen (siehe 31) sind hierbei **nicht** abzuziehen.

31 Bisher geleistete Zahlungen

Hier ist die Gesamtsumme aller bisher geleisteten Zahlungen des staatlichen Partners an den privaten Partner aller laufenden ÖPP-Projekte auszuweisen. Im Lebenszyklus von ÖPP-Projekten **können** die geleisteten Zahlungen die gesamte Projektsumme übersteigen.

32 Energie-Einspar-Contracting (Finanzierung durch Contractinggeber)

Als Energie-Einspar-Contracting (auch Energiesparverträge oder Energy-Performance-Contracting) werden vertraglich geregelte Kooperationsformen im Bereich der Energiedienstleistung bezeichnet. Die Vereinbarungen umfassen in der Regel die Planung, Finanzierung und Errichtung/Modernisierung sowie die Betriebsführung/Instandhaltung der Anlagen und die Erstellung eines Energieversorgungskonzeptes durch einen Dienstleister (Contractinggeber) mit dem Ziel, Energiesparpotentiale zu erschließen, ohne dass der Eigentümer die hierfür notwendigen Investitionen tätigen muss. Die Refinanzierung der Energiesparmaßnahmen erfolgt während der Laufzeit des Vertrages durch eine regelmäßige, erfolgsabhängige vertraglich vereinbarte Vergütung an den Contractinggeber, welche sich aus den garantierten Energiekosteneinsparungen zusammensetzt.

Vereinbarungen im Rahmen von Energieliefer-Contracting sind hier nicht zu berücksichtigen.

33 Investitionssummen insgesamt

Erfolgt bei einem Energie-Einspar-Contracting die Finanzierung der vereinbarten Maßnahmen durch den Contractinggeber, ist hier die Investitionssumme anzugeben. Die Investitionssumme entspricht den im Vertrag genannten Ausgaben für die erforderlichen Baumaßnahmen (Planungsleistungen, Bauleistungen, Heizungsanlage, Dämmung, Fenster etc.) einschließlich eventueller Baukostenzuschüsse, die dem Contractinggeber gewährt werden. Es sind die ursprünglichen Investitionssummen anzugeben. Bisher geleistete Zahlungen sind hierbei **nicht** abzuziehen.

Erfolgt die Finanzierung nicht durch den Contractinggeber, sind hier **keine** Angaben zu machen.

34 Geleistete Baukostenzuschüsse

Sofern dem Contractinggeber Baukostenzuschüsse für die Durchführung des Vorhabens gewährt werden, sind diese hier anzugeben.

35 Bürgschaften

Alle Bürgschaften im Sinne des § 765 BGB einschließlich Nach- und Ausfallbürgschaften beim Wohnungsbau sowie Patronatserklärungen (harte Patronatserklärungen), welche eine sogenannte Liquiditätsausstattungsgarantie beinhalten, sind mit den vertraglich übernommenen Haftungssummen (aber nicht in Anspruch genommenen), nicht dagegen mit den gesamten Kreditsummen und nicht mit den durch Gesetz oder

Haushaltssatzung festgestellten Ermächtigungssummen anzugeben. Auf Bürgschaften gezahlte Beträge (Schadensfälle oder Tilgungen der Haftungssumme) sind abzusetzen. Bürgschaften, die voll durch Rückbürgschaften gesichert sind, sind nicht einzubeziehen; von Bürgschaften, die nur teilweise durch Rückbürgschaften gesichert sind, ist der ungedeckte Teil anzugeben. Die übernommenen Garantien und sonstigen Gewährleistungen sind **nicht** mit einzubeziehen.

Die Differenzierung der Bürgschaften (Sicherheitsleistungen) erfolgt **nach dem Sicherheitsnehmer**. Sicherheitsnehmer ist diejenige Person, deren finanzielles Risiko durch die Sicherheitsleistung teilweise oder vollständig beseitigt wird. Sicherheitsnehmer ist hier der Kreditgeber.

36 Öffentlich bestimmte Kreditinstitute

Hierzu zählen insbesondere:

- Sparkassen, Landesbanken
- Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
- Banken mit Sonderaufgaben (z. B. LfA Förderbank Bayern, NRW.BANK, Investitionsbank Schleswig-Holstein, Sächsische Aufbaubank – Förderbank –)
- Bausparkassen

37 Schuldenübernahme

Bei einer Schuldenübernahme handelt es sich um eine vertragliche Vereinbarung zwischen mindestens drei Parteien: dem Gläubiger, dem ursprünglichen Schuldner und einem neuen Schuldner. Im Rahmen der vertraglichen Vereinbarung übernimmt der neue Schuldner die gesamten oder zumindest einen Teil der ausstehenden Verbindlichkeiten (Schulden) des ursprünglichen Schuldners und verpflichtet sich dabei, diese an den Gläubiger zurückzuzahlen. Zu melden sind nur die übernommenen Schulden von Kassenkrediten, Krediten und Wertpapierschulden. Die durch Eingliederung bzw. Zusammenschluss von Einheiten übernommenen Schulden sind nicht einzubeziehen.

Die Schuldenübernahme ist auch Bestandteil der Meldung zu den Schuldenständen der Positionen „Kassenkredite“, „Wertpapierschulden“ oder „Kredite“. Bei den beiden letztgenannten Positionen fallen diese unter die „Sonstigen Zugänge“.

Eine Schuldenübernahme ist nicht hier, sondern im Bereich „Bürgschaften“ (siehe **35**) zu erfassen.

38 Fälligkeiten

Es sind die planmäßig fällig werdenden Tilgungen für die am Erhebungsstichtag bestehenden Schulden getrennt nach Kassenkrediten, Wertpapierschulden und Krediten jeweils beim nicht-öffentlichen Bereich, gegliedert nach den fünf folgenden Jahren und dem darüber hinausgehenden restlichen Zeitraum, anzugeben. Variabel verzinste Schuldarten sind im jeweiligen Rechnungsjahr als „darunter-Position“ anzugeben.

Hierzu zählen auch Kreditvereinbarungen mit Derivaten.

Der nicht-öffentliche Bereich umfasst:

- Kreditinstitute (siehe **9**)
- sonstiger inländischer Bereich (siehe **10**)
- sonstiger ausländischer Bereich (siehe **11**)